

II- 344 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 2. Feb. 1972

No. 234/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. GRUBER, Dipl. Ing. Dr. LEITNER, HARWALIK, Dr. FRAUSCHER
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend kostenloses Schulbuch.

Der von der ÖVP in der Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 eingebrachte Entschließungsantrag betreffend das kostenlose Schulbuch wurde von der sozialistischen Mehrheitsfraktion gemeinsam mit den Freiheitlichen abgelehnt. Die Entschließung hatte folgenden Wortlaut:

"Der Bundesminister für Unterricht und Kunst wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die nicht ausgeschöpften Mittel der Schülerbeihilfe zum Ausbau und zur Erweiterung der Bestände der Schülerladen (Schulbibliotheken) herangezogen werden und der materiellen, personellen und strukturellen Besserstellung dieser Einrichtungen zugute kommen."

Im Verlauf der Debatte wurde von Seiten des Unterrichtsministers weder Auskünfte darüber gemacht, was mit den nicht ausgeschöpften Mitteln der Schülerbeihilfe geschehen soll, noch, wie er beabsichtige, Schülerladen bzw. Schulbibliotheken materiell, personell und strukturell besserzustellen. Erst kürzlich wurden eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen über die Lesesituation in Österreich veröffentlicht, die deutlich macht, daß Österreich, sowohl was die Lesegewohnheiten der Erwachsenen als auch die der Kinder, Schüler oder Studierenden betrifft, mit dem fortschrittlicheren internationalen Standard nicht mithalten kann. Darüber hinaus mangelt es öffentlichen Bibliotheken am notwendigen geschulten Bibliothekspersonal.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es uns unverständlich, warum der von ÖVP eingebrachte Entschließungsantrag abgelehnt wurde.

Im Anschluß an die Regierungsklausur vom 11.1.1972 erklärte der Finanzminister, daß im Hinblick auf die aufgetretenen Mißstände bei der Schülerfreifahrtenregelung eine Novellierung des Familienlastenausgleichsfondsgesetzes erforderlich sei. Am selben Tag kündigte der Unterrichtsminister das Gratisschulbuch beginnend mit Herbst 1972 an. Das Gratisschulbuch soll nach seinen Intentionen ebenfalls aus dem Überschuß des Familienlastenausgleichs finanziert werden. - Die Stellungnahmen der beiden Ressortminister zum Familienlastenausgleich weisen demnach nuancierte Unterschiede auf, die einer näheren Ausführung bedürfen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1) Aus welchen Gründen sind Sie nicht bereit, die nicht ausgeschöpften Mittel der Schülerbeihilfe zum Ausbau und zur Erweiterung der Bestände der Schülerladen (Schulbibliotheken) heranzuziehen?
- 2) Für welche Zwecke werden Sie diese nicht ausgeschöpften Mittel verwenden?
- 3) Welche Maßnahmen werden Sie zur Verbesserung der Lesesituation in Österreich ergreifen?
- 4) Haben Sie mit dem Finanzministerium bereits Kontakt aufgenommen, um eine Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz auszuarbeiten, die sowohl die Verbesserung der Bestimmungen der Schülerfreifahrten als auch die Einführung des Gratisschulbuches ab Herbst 1972 vorsieht?
- 5) Wenn ja, welche Ergebnisse brachte die Kontaktaufnahme mit dem Finanzministerium?